

Für eine Summe von 3,1 Milliarden Euro verkauft die **Allied Irish Banks** ihre Anteile an zwei polnischen Finanzinstituten an die spanische Großbank **Santander**. Im Einzelnen veräußert wird ein Paket von 70 Prozent an der **Bank Zachodni** und die Hälfte eines Anlage-Gemeinschaftsunternehmens. Das im Zuge der Transaktion freigesetzte Kernkapital (Tier 1) wird auf 2,5 Milliarden Euro beziffert.

Mit Wirkung zum 1. November dieses Jahres stellt die **Allianz Global Investors Kapitalanlagegesellschaft mbH**, Frankfurt am Main, das Neugeschäft mit dem Cominvest Riester-Förderdepot sowie der Allianz Fonds Basisrente – ihrem Riester- und ihrem Rürup-Produkt – ein. Auf bestehende Altersvorsorgeverträge soll die Geschäftsaufgabe keine Auswirkungen haben, sie behalten ihre Gültigkeit und können weiter bespart werden.

Die beiden genossenschaftlichen Zentralinstitute **DZ Bank AG**, Frankfurt am Main, und **WGZ Bank AG**, Düsseldorf, wollen im kommenden Jahr am Standort Luxemburg ihr gesamtes Private-Banking-Geschäft sowie ergänzende Felder wie Fondsdienstleistungen und Währungskredite in einer neuen Geschäftseinheit zusammenführen. Eine entsprechende Absichtserklärung wurde Mitte September dieses Jahres unterzeichnet. Der Fusionsprozess soll Mitte 2011 abgeschlossen werden. Zudem übernimmt die Luxemburger **DZ Privatbank S.A.** bis zum Ende des laufenden Jahres für eine nicht genannte Summe Teile des Private Banking der Unicredit Luxembourg (siehe auch Bankenchronik 18-2010).

Die **Deutsche Bank AG**, Frankfurt am Main, unterbreitet den Aktionären der **Deutschen Postbank AG**, Bonn, im Rahmen einer freiwilligen öffentlichen Übernahmeofferte das Angebot, ihre auf den Namen lautenden Stückaktien zu erwerben. Der Preis wurde auf 25 Euro pro Anteilschein festgestellt. Das Frankfurter Geldhaus hält derzeit 29,95 Prozent der Aktien der Post-Tochter (siehe auch Gespräch des Tages in diesem Heft).

Zur Finanzierung der Postbank-Transaktion führt die **Deutsche Bank** eine **Kapitalerhöhung** durch. Der Bezugspreis für die neuen Papiere wurde auf 33 Euro je Aktie festgelegt. Insgesamt werden im Rahmen eines öffentlichen Angebots in Deutschland und den USA unter Verwendung des

7. September 2010 bis 23. September 2010

genehmigten Kapitals 308,6 Millionen neue, auf den Namen lautende Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien) ausgegeben. Dies entspricht einem Bezugsverhältnis von zwei zu eins. Die neuen Aktien haben eine volle Gewinnanteilsberechtigung vom 1. Januar 2010 an. Der Bruttoemissionserlös wird auf 10,2 Milliarden Euro beziffert.

Die in Köln und Luxemburg ansässige Privatbank **Sal. Oppenheim** hat ihre Tochter **Collineo Holding**, Düsseldorf, an deren Management veräußert. Zum Kaufpreis wurden keine Angaben gemacht. Das mittlerweile zum Deutsche-Bank-Konzern gehörende Kölner Bankhaus hatte die Holding und deren Tochtergesellschaft **Collineo Asset Management GmbH** im September 2008 von der Münchner **Hypo Real Estate AG** übernommen.

Nach einem nun vom **EU-Binnenkommissariat** vorgelegten Verordnungsentwurf sollen **Leerverkäufe von Aktien oder Anleihen** künftig verboten werden können. Ein generelles Verbot ungedeckter Leerverkäufe, wie es Deutschland und Frankreich gefordert hatten, ist demnach nicht angedacht. Darüber hinaus ist vorgesehen, Derivate fortan über eine **zentrale Gegenpartei** abzuwickeln, um die Gefahren des bisher schwer durchschaubaren Handels mit Derivaten einzudämmen. Beide Papiere müssen noch vom EU-Parlament und vom Ministerrat der Mitgliedstaaten verabschiedet werden. Dies vorausgesetzt, sollen die Verordnungen ab Mitte beziehungsweise Ende 2012 umgesetzt werden.

Die **Commerzbank AG**, Frankfurt am Main, veräußert ihre brasilianische Tochtergesellschaft **Dresdner Bank Brasil S.A. Banco Múltiplo** an die in Kanada ansässige Scotiabank. Zu Einzelheiten der Transaktion, die unter dem Vorbehalt der behördlichen Genehmigungen steht, wurden keine Angaben gemacht. Mit Sitz in São Paulo konzentriert sich Banco Múltiplo auf Investmentbanking-Aktivitäten. Die auf Handelsfinanzierungen und Zahlungsverkehrsprodukte fokussierte Commerzbank-Präsenz in São Paulo soll von der

Transaktion unberührt bleiben. Das brasilianische Investmentbanking der Commerzbank mit Aktivitäten in den Bereichen Aktienderivate, Rohstoff-, Devisen- und Anleihenhandel für Privatbanken und institutionelle Kunden sollen ebenfalls weitergeführt werden.

Mit Zustimmung des Verwaltungsrates der **Bayerischen Landesbank (Bayern-LB)**, München, und des Aufsichtsrates der **WestLB AG**, Düsseldorf, prüfen die jeweiligen Vorstände eine Fusion beider Institute. Insbesondere die künftige strategische Positionierung, die Refinanzierung sowie die Chancen und Risiken der Kombination beider Landesbanken sollen dabei im Vordergrund stehen. Der Ausgang der Gespräche sei vollkommen offen, wird betont. Erklärtes Ziel ist es, bis zum Jahresende ein gemeinsames Verständnis darüber zu erreichen, ob der Weg einer Zusammenführung betriebswirtschaftlich sinnvoll ist. Das Ergebnis dieser Prüfung soll den zuständigen Gremien zur Entscheidung vorgelegt werden (siehe auch Gespräch des Tages in diesem Heft).

Nach einer Erklärung der **irischen Regierung** vom September dieses Jahres soll die marode **Anglo Irish Bank** nicht direkt abgewickelt, sondern aufgespalten werden. Eine Kostenprognose zu dem Vorhaben wurde für Oktober dieses Jahres in Aussicht gestellt. Das seit Anfang 2009 vollstaatlichte Institut weist eine Bilanzsumme von rund 72 Milliarden Euro aus – den größten Teil davon in Einlagen –, die im Falle einer Schließung ausgezahlt werden müssen. Im Rahmen der nun vorgestellten Teilungslösung soll die **irische Zentralbank** nun feststellen, welches Eigenkapital die beiden neu entstehenden Institute benötigen. Die EU-Kommission hat bislang staatliche Nothilfen in Höhe von 25 Milliarden Euro genehmigt.

Mit Nettoschulden von umgerechnet rund 1,7 Milliarden Euro hat die **Incubator Bank of Japan** Gläubigerschutz beantragt. Dadurch wurde erstmals die seit 1971 bestehende Einlagensicherung in Anspruch genommen. Zuvor wurde auf Geheiß der japanischen Finanzaufsichtsbehörde **Financial Services Agency (FSA)** der Bankbetrieb eingestellt. Seit Mai dieses Jahres ermittelt die FSA gegen Teile der Bankführung. Das Institut weist Einlagen in Höhe von umgerechnet etwa 5,5 Milliarden Euro aus.